

II-7969 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4042 II

1989-06-28

A N F R A G E

der Abgeordneten Harrich, Pilz und Freunde
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend geplantes CKW-Großlager in Feistritz an der Drau

Die Firma Seppela Ges.m.b.H. betreibt nun schon seit Jahren im Ortsgebiet in Feistritz an der Drau eine Ölrecyclinganlage (mit Emulsionsspaltanlage), ein Zwischenlager für Abfälle, für mineralölkontaminiertes Erdreich und Mineralöle ohne die erforderlichen Genehmigungen. Erst auf massives Betreiben der Nachbarn kam es zu einem Gewerbeverfahren, das bis dato noch nicht abgeschlossen ist. Nicht die Anlage entsprach dem Flächenwidmungsplan, sondern der Flächenwidmungsplan wurde im nachhinein den Fakten angepaßt. Die Errichtung dieser Anlage und das Verhalten der Behörden ist eines jener Trauerspiele auf der österreichischen Abfallbühne, die fleißig im ganzen Land aufgeführt werden. Sie, Frau Minister, legen kein Abfallkonzept vor, Private handeln schrankenlos, weil die Behörden alle Augen schließen und "mitpackeln", die Nachbarn fühlen sich im Stich gelassen.

Nun liegt sogar ein Erweiterungsantrag vor, der u.a. zwei unterirdische Tanks für chlorierte Kohlenwasserstoffe à 10.000 Liter vorsieht!

CKW gehören zu den problematischsten Stoffen, die in Industrie und Gewerbe angewandt werden. "Die größten Umwelt- und Gesundheitsschäden entstehen bei der Anwendung von CKW's. Besonders problematisch ist die schlechte Abbaubarkeit der leichtflüchtigen chlorierten Kohlenwasserstoffe in der Natur, so wird beispielsweise für Tetrachlorethen (Per) im Grundwasser eine Halbwertszeit von bis zu 6000 Jahren angegeben. Daneben haben die CKWs ein hohes Diffusionsvermögen (z.B. durch Beton) und können leicht zwischen den Umweltmedien Boden, Wasser und Luft wechseln. Aufgrund dieser zwei Eigenschaften werden sie von zahlreichen Organismen aufgenommen und es kommt zu einer zunehmenden Anreicherung der leichtflüchtigen CKWs in der Nahrungskette.

In der 'Endlagerstätte' Mensch reichern sich die CKWs insbesondere im Fettgewebe an. Sie schädigen Leber, Nieren, Milz, zentrales Nervensystem und vermutlich auch das Gehirn; sie können das Erbgut verändern und Krebs auslösen, wie Tierversuche und epidemiologische Untersuchungen aus den USA zeigen.

Aber nicht nur die leichtflüchtigen CKWs selbst, sondern auch ihre Abbauprodukte sind höchst gefährlich. So entsteht beim Abbau von Tetrachlorethen (Per) im Wasser das krebserregende Vinylchlorid, beim Abbau in der Luft das im zweiten Weltkrieg als Kampfgas eingesetzte Phosgen." Das Ökologieinstitut folgert unter anderem daraus, daß keine neuen chemischen Putzereien in Wohngebieten genehmigt werden dürfen. Wie das Verhandlungsprotokoll vom 12. Mai 1989 über die gewerberechtliche Verhandlung über den Erweiterungsantrag zeigt, ist sich nicht einmal die Amtsärztin dieser weitreichenden Problematik bewußt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

A N F R A G E :

1. Gegenüber der Bürgerinitiative behauptet Herr Peter Seppeler, daß das geplante Projekt vom Umweltfonds überprüft worden sei.
 - a) Ist diese Aussage richtig?
 - b) Existiert ein Antrag beim Umweltfonds auf Förderung dieses CKW-Großlagers oder anderer Teile der bestehenden Anlage, wenn ja, wann wurde der Antrag eingereicht, welche Überprüfungen haben bereits stattgefunden, vom welchen Sachverständigen wurde das Projekt auf seine Förderungswürdigkeit hin beurteilt, was ergab diese Überprüfung?
 - c) Wie stehen Sie als Umweltministerin zur Förderung eines Unternehmens, das bislang jahrelang konsenswidrig eine Ölrecyclinganlage und Ölz Zwischenlager betrieben hat, wobei es bereits im Jahre 1988 zu einer wesentlichen Verunreinigung des angrenzenden Fischwassers (Stockenboier Weißenbach) gekommen ist?
 - d) Wie stehen Sie zur Förderung einer hochgefährlichen Sonderabfallanlage in der Nähe von Wohnanlagen, die noch dazu nur 300 m von einem Schulzentrum entfernt errichtet werden soll?
2. Bei den im bestehenden Betrieb gelagerten und weiterverarbeiteten Stoffen handelt es sich zweifelsohne um Sonderabfälle. Nach § 14 SAG 1983 idF 1986 war bei der gewerberechtlichen Bewilligung für diese Anlagen auf die Anlagenbestimmungen des SAG Bedacht zu nehmen. Eine solche Bedachtnahme ist im Gewerbeverfahren nicht erfolgt. Seit der Novelle 1988 (siehe Übergangsbestimmungen Artikel II Abs 1) ist für diese gewerblichen Anlagen eine eigene Bewilligung nach dem SAG einzuholen.
 - a) Wurde um eine derartige Bewilligung für die bestehende Anlage beantragt, wenn nein, wurden Sanktionen ergriffen?

b) Wurde um eine sonderabfallrechtliche Bewilligung für die projektierte Erweiterung, insbesondere das CKW-Lager angesucht?

3. Wie aus einer Studie des Österr. Ökologieinstitutes hervorgeht, werden in Österreich jährlich rund 12.000 t leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe verbraucht und anschließend zu 75 % an die Luft und zu ca. 3 % an das Wasser abgegeben. Nur 22 % werden als Abfall entsorgt. Zur ordnungsgemäßen Entsorgung von CKW existieren derzeit zwei Wege: die Verbrennung oder die Regeneration. Bisher erfolgt die Verbrennung in der EBS und die Regeneration über die Firma Chemo Droga, die die Abfälle von den einzelnen Betrieben abholt, gemeinsam sammelt und zu der deutschen Aufbereitungsfirma Geiss transportiert.

a) Von welchen Betrieben sollen chlorierte Kohlenwasserstoffe von der Firma Seppelle entgegengenommen werden, aus welchen Bundesländern bzw. Nachbarstaaten werden diese Abfälle stammen?

b) Welche Form der Behandlung sollen die CKW bei der Firma Seppelle erfahren?

c) Wohin sollen die gesammelten CKW projektgemäß transportiert werden?

d) Welche Daten besitzt das Umweltministerium über den CKW-Anfall in Österreich und dessen Entsorgung, wie schaut das entsprechende Entsorgungskonzept für Österreich aus, welche Vorschläge zur Substitution dieser Stoffe unterbreitet das Ministerium? Hat es zur Substitution der CKW in den Hauptanwendungsbereichen metallverarbeitende Industrie und chemische Reinigungsbetriebe Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium gegeben, liegen Verordnungsentwürfe vor?